

/// Über marktwirtschaftliche und strategische Allianzen

TTIP ALS CHANCE FÜR EUROPA

FRIEDRICH MERZ /// galt vielen als wirtschaftspolitisches Gesicht der CDU. Als er 2009 nach einer langen politischen Karriere, unter anderem als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, den Bundestag verließ, wandte er sich der Pflege der transatlantischen Beziehungen zu. Zur Zeit ist er Vorsitzender der Atlantik-Brücke, ein überparteilicher Verein zur Stärkung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, dem Merz seit vielen Jahren angehört. Er nahm seine Arbeit als Wirtschaftsanwalt wieder auf und ist u. a. Vorsitzender des Aufsichtsrates (Chairman) der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Die Hanns-Seidel-Stiftung konnte Friedrich Merz für eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Visionen für Europa“ und für ein Zeitgespräch gewinnen.

Politische Studien: Herr Merz, Sie sind Vorsitzender der Atlantik-Brücke, eines privaten überparteilichen Vereins, der buchstäblich eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schlagen will. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Da tun Sie und der Verein sich im Moment schwer. Die NSA-Affäre und das

Handy unserer Kanzlerin überlagern die gemeinsamen Errungenschaften. Was ist angesichts dieser Realität die Substanz unseres transatlantischen Verhältnisses?

Friedrich Merz: Zunächst einmal ist es eine sehr politische Substanz. Ich nenne es immer noch Wertegemeinschaft der Europäer und der Amerikaner. Wir berufen uns auf die gleichen Wurzeln der Aufklärung und der über Jahrhunderte entwickelten Demokratien in den USA und in vielen anderen Ländern Europas. Es ist diese Erfahrung offener, freiheitli-

“

Es ist die Erfahrung offener, **FREIHEITLICHER** Gesellschaften, die Europäer und Amerikaner miteinander verbindet.

A photograph of a wooden chessboard with several chess pieces. In the center, two rolled-up banknotes are standing upright. The one on the left is a 100 Euro note, showing the European Union flag and the number '100'. The one on the right is a 100 US dollar note, showing the Federal Reserve seal and the number '100'. The chessboard has a checkered pattern of light and dark squares. The lighting is dramatic, with strong shadows.

Ein erfolgreiches wirtschaftliches Zusammenspiel zwischen Europa und den USA verlangt eine Einigung auf alle Eckpunkte des Handelsvertrags.

cher Gesellschaften, die uns miteinander verbindet. Eine Wertegemeinschaft ist es, weil wir liberale Werte wie Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, politische Freiheiten im allumfassenden Sinne als den Kern und die Substanz unserer gesellschaftlichen Ordnungen auf beiden Seiten des Atlantiks ansehen.

Politische Studien: Diese eher harmonische Sicht transatlantischer Gemeinsamkeiten teilen nicht alle. Gerade an fundamentalen Positionen wie dem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, dem Verständnis von Partnerschaft entzündeten sich heftige Diskussionen.

Friedrich Merz: Man kann mit manchem guten Recht aus unserer deutschen und europäischen Sicht heraus die Erscheinungsform des amerikanischen Rechtsstaats und der amerikanischen Demokratie kritisieren. Amerika ist anders. Aber es ist ein Rechtsstaat und eine Demokratie. Genauso wie wir für uns in Anspruch nehmen, eine europäische demokratische Ordnung zu haben. Eine Ordnung, die die Amerikaner ihrerseits mit kritischem Blick würdigen. Nicht, dass ihr die Substanz als Demokratie in Abrede gestellt wird, aber die Erscheinungsformen unserer europäischen demokratischen Struktur, Dinge

wie die mangelnde Repräsentanz in der Zusammensetzung des europäischen Parlaments, das trifft in Amerika nicht nur auf Verständnis.

Politische Studien: Eine völlige Übereinstimmung in den Ansichten ist keine Voraussetzung einer funktionierenden Partnerschaft. Bestimmte Ankerpunkte aber braucht es. Lange Zeit haben uns die Wirtschaftsbeziehungen getragen, nun ist aber auch diese nutzegeprägte Kooperation in die Kritik geraten. Die Diskussion um TTIP zeigt das deutlich.

Friedrich Merz: Deutschland und Europa auf dieser Seite des Atlantiks, die Vereinigten Staaten mit Kanada und Mexiko auf der anderen sind die großen Wirtschaftsräume, die nach wie vor mehr als die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts erzeugen. Sie sind trotz aller Entwicklungen, die von China und anderen Ländern des asiatischen Raumes ausgehen, immer noch die Länder, die gegenseitig am tiefsten verflochten sind durch gegenseitige Investitionen, durch große Betriebe und Betriebsteile großer Unternehmen. Die Siemens AG etwa ist mit einer hohen fünfstelligen Zahl von Beschäftigten in Amerika vertreten. Umgekehrt ist General Electric (GE), der große Wettbewerber für Siemens, mit noch größeren Zahlen von Beschäftigten auf dieser Seite des Atlantiks. Beide Unternehmen investieren gegenseitig in Europa und Amerika. Diese gegenseitige Verflechtung ist nach wie



Europa und die Vereinigten Staaten sind die großen **WIRTSCHAFTSRÄUME**, die mehr als die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts erzeugen.



Der NATO-Vertrag stellt nach wie vor das entscheidende politische **FUNDAMENT** unserer Zusammenarbeit dar.

vor die größte, die es in Wirtschaftsräumen auf dieser Welt gibt.

Politische Studien: Wenn Sie hier nun Zahlen, Daten, Fakten bemühen, kommen wir nach der Wertethematik und der ökonomischen Verbindung unweigerlich auf die außen- und sicherheitspolitische Ebene, die die transatlantischen Beziehungen durch die aktuellen Herausforderungen, vor allem durch den islamistischen Terrorismus, aber auch durch die Ukraine-Krise herausfordert.

Friedrich Merz: Die Sicherheitsfrage ist eine so enge Verbindung zwischen Europa und Amerika, dass sie eigentlich durch keine andere ersetzt werden könnte. Verbunden sind wir durch einen großen Vertrag, den NATO-Vertrag. Ein Vertrag, der das transatlantische Verhältnis in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bestimmt hat und nach wie vor das entscheidende politische Fundament unserer Zusammenarbeit darstellt. Dieser NATO-Vertrag war nie zuerst als Militärbündnis verstanden worden, sondern immer als ein politischer Vertrag, der Europa und Amerika als Wertegemeinschaft aneinander bindet. Diese Bindung wird brüchiger, da Amerika nun auch die neue Herausforderung im asiatischen Raum zu bestehen hat.

Politische Studien: Sie sprechen die Hinwendung der Amerikaner zum Pazifik, den sog. „Pivot to Asia“ an. Was folgt daraus für uns Europäer und für das transatlantische Verhältnis?

Friedrich Merz: Es gibt diesen „Pivot to Asia“ nicht, aber es gibt ein hohes Maß an Interesse der Amerikaner im pazifischen Raum. Wenn wir zugrunde legen, dass regionale Konflikte, asymme-

trische Kriegsführung, religiös begründete Auseinandersetzungen im Mittleren Osten uns alle herausfordern, dann dürfte es geradezu trivial sein, dass wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA angewiesen sind. Aber die Vereinigten Staaten werden auf Dauer nicht bereit sein, 75 % des NATO-Budgets zu finanzieren, wie sie es seit Jahren tun. Und sie werden mittelfristig weniger bereit sein, sich politisch wie militärisch in den großen Krisenregionen des Mittleren Ostens zu engagieren. Denn sie sind mittlerweile weitgehend unabhängig von Öl und Gas aus diesen Regionen. Dass das sogenannte „Fracking“ – das Aufbrechen von Öl- und Gasvorkommen in Schiefer- und Sandgestein – in den USA zurzeit nicht weiter verfolgt wird, hat allein ökonomische Gründe, keinerlei umweltpolitische oder rechtliche Gründe. Bei dem gegenwärtig niedrigen Ölpreis und dem damit einhergehenden niedrigen Gaspreis lohnt sich die konventionelle Förderung, und die hat in den USA in den letzten Jahren in einem gewaltigen Umfang zugenommen. Hinzukommen die Vorkommen in Kanada und die entsprechenden Versorgungsleitungen zwischen Kanada und Amerika. Das bedeutet im Klartext, dass zumindest die Sicherung der Transportwege vom Mittleren Osten mittelfristig eine europäische Aufgabe und nicht mehr allein eine amerikanische Aufgabe sein wird.

Politische Studien: Irgendwie denkt man da jetzt an den Irakkrieg ...



Die Amerikaner werden in Zukunft **WENIGER** bereit sein, sich international zu engagieren.

Friedrich Merz: Die Behauptung, die Amerikaner hätten den Irakkrieg nur deswegen begonnen, weil sie sich ihre Erdölreserven dort sichern wollten, hält einer Überprüfung nicht stand. Denn die Erdölförderung aus dem Irak heraus ist in den Monaten vor dem Irakkrieg in jedem Monat größer gewesen als die Lieferung aus dem Irak in jedem beliebigen Monat nachher. Also wenn es allein darum gegangen wäre, hätten die Amerikaner dort nicht intervenieren dürfen. Es hatte politische Gründe, die mit dem 11. September 2001 eng verbunden sind. Die Informationen der amerikanischen Öffentlichkeit, auch der Weltöffentlichkeit über das dort vorhandene nukleare, chemische und biologische Potenzial haben sich als unzutreffend erwiesen. Dieser Irakkrieg war ein schwerer militärischer, politischer und strategischer Fehler der Vereinigten Staaten von Amerika. Darüber wird in Amerika – nicht nur in Europa – intensiv und sehr Streitig diskutiert. So kommt nicht aus Europa, sondern aus Amerika, die Formulierung, dass dieser Krieg die „Öffnung des Tors zur Hölle“ gewesen ist. Amerika diskutiert, streitet auch über sein Engagement in Afghanistan.

Politische Studien: Eine gewisse Kriegsmüdigkeit der Amerikaner lässt sich auch an der Diskussion über „Nation Building at Home“ erkennen.

Friedrich Merz: Die Amerikaner werden allein aufgrund ihrer starken materiellen Inanspruchnahme durch diese Konflikte in Zukunft weniger bereit sein, sich international zu engagieren. Jeder Präsident nach Barack Obama wird das Thema „Nation Building at Home“ sehr viel stärker artikulieren als die Bereitschaft, zum „Nation Building“ in anderen Ländern der Welt beizutragen. „Regime Change“ wird wahrscheinlich in der nächsten Amtseinführungsrede keine Rolle mehr spielen. Das bedeutet, dass wir Europäer uns, insbesondere unter den europäischen NATO-Staaten, die Frage stellen müssen, wo unsere Sicherheitsinteressen liegen und welche Herausforderungen wir aus europäischer Perspektive besprechen müssen. Wir kämen dann, ich sage das in jeder Hinsicht im Konjunktiv, vielleicht zu anderen Ergebnissen als denen, die jetzt aus der Situation des Augenblicks heraus etwa in Syrien ergriffen wurden. Vielleicht hätte man dort sehr viel früher mit Flugverbotszonen reagieren müssen, um eine Eskalation des Konflikts gegen die Zivilbevölkerung zu vermeiden, statt jetzt etwas zu tun, was in der unmittelbaren Zusammenarbeit und potenziellen Konfrontation mit den russischen Streitkräften viel konfliktanfälliger geworden ist.

Politische Studien: Sie sprechen Russland an. Welche Bedeutung ordnen Sie Russland bzw. Wladimir Putin im europäischen Kontext zu?

Friedrich Merz: Auf Dauer werden wir weder in Europa noch im transatlantischen Verhältnis eine stabile politische Ordnung ohne Russland schaffen können. Die Frage ist nur, welches Russland und mit welchen Institutionen. Wir müssen sehr nüchtern herangehen an die Frage, wie sich wenigstens mittel- und langfristig mit Russland wieder ein vernünftiges Verhältnis aufbauen lässt. Ich halte es für ausdrücklich richtig, dass wir in der Syrienfrage versuchen, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Ich halte es genauso für ausdrücklich richtig und nicht als Widerspruch, dass wir die Sanktionen wegen der Ukraine aufrechterhalten, solange sich dort nichts ändert. Russland bleibt für Europa, aber auch für eine zukünftige Weltordnung strategisch wichtig. Die Bemerkung von Präsident Obama, Russland sei lediglich eine Regionalmacht, hat natürlich provoziert, aber das erklärt und entschuldigt alles nicht das Verhalten Putins und seines Regimes. Das ist für uns, so wie es sich jetzt darstellt, inakzeptabel und das müssen wir auch hinreichend zum Ausdruck bringen.

Politische Studien: TTIP wird Putin auch nicht allzu sehr erfreuen. Dabei hat dieses Handelsabkommen auch so große Schwierigkeiten, sich in den wirtschaftlich starken europäischen Ländern zu positionieren. Es sind hier viele Ängste im Spiel, vor allem vor den Konzernen. Es zeigt sich Misstrauen gegen die Entschei-

dungsträger in der Europäischen Kommission und eine gehörige Portion Antiamerikanismus. Für Sie als Atlantiker sicher unangenehm.

Friedrich Merz: TTIP ist keine Erfindung deutscher oder europäischer Konzerne. Es ist die gemeinsame Idee der deutschen Bundeskanzlerin und George Bushs jun., eine engere transatlantische wirtschaftliche Partnerschaft zu etablieren, die erst später in der Europäischen Union und der amerikanischen Administration aufgenommen wurde. Wir haben sehr viele Zoll- und Handelsabkommen in der Form, aber bisher kein Abkommen dieser Reichweite wie TTIP. Bei TTIP geht es auch um Zölle, die es zwischen Europa und Amerika unverändert gibt. Im Agrar- und Lebensmittelhandel sind die Zollsätze relativ hoch, der Warenaustausch aber relativ niedrig. Dahingegen sind in Bereichen wie der Automobilindustrie, Maschinenbau oder der chemischen Industrie die Zollsätze relativ niedrig, der Warenaustausch jedoch relativ hoch. Deswegen sind die Summen, um die es geht, trotz hoher Sätze bei den Agrarprodukten klein und trotz niedriger Sätze bei den sonstigen Wirtschaftsgütern hoch. Die Industrie auf beiden Seiten des Atlantiks hat ein Interesse daran, dass die Zölle gesenkt werden. Die meisten von Ihnen wissen vielleicht, dass BMW fast die gesamte X-Serie, also den X3, X5, X6, in den USA produziert. Bei der Einfuhr



RUSSLAND bleibt für Europa und für eine zukünftige Weltordnung strategisch wichtig.



Friedrich Merz (r.) mit dem Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. Peter Witterauf, bei einer Veranstaltung im Dezember 2015 im Konferenzzentrum München.

nach Europa wird ein Zoll in der Größenordnung zwischen 3 % und 5 % auf den Endverkaufspreis fällig. Dieser Wettbewerbsnachteil würde entfallen. Das zu erreichen, ist Gegenstand aller Zollabkommen und an dieser Stelle gilt: Ein multilaterales Zollabkommen wäre besser als bilaterale Abkommen. Die Welt handelsorganisation GATT, heute die WTO, hat sich aber leider zu lange genug erfolglos darum bemüht, ein solches globales Zollabkommen zu schaffen.

Politische Studien: Der Widerstand gegen TTIP macht sich allerdings viel mehr an den sog. nicht-tarifären Handelshemmnissen fest, die auf Kosten unserer Qualitätsstandards, unserer technischen Normen, unserer Arbeitsschutzregeln, unserer Ablehnung gegenüber genmanipuliertem Getreide abgebaut, sprich gesenkt werden sollen. Und das alles hinter

verschlossenen Türen. Auch wenn jetzt Licht ins Dunkel kommt – eine vertrauensbildende Maßnahme war das nicht.

Friedrich Merz: Hier geht es in der Tat ans Eingemachte. Nun wäre dies alles erheblich einfacher und wahrscheinlich wären die Vorbehalte in großen Teilen der interessierten Öffentlichkeit viel kleiner, wenn die EU-Kommission zu Beginn der Verhandlungen mit den Amerikanern das Verhandlungsmandat veröffentlicht hätte, was sie seinerzeit von den 28 europäischen Staats- und Regierungschefs bekommen hat. Es gibt zwei wesentliche politische Verantwortungsbereiche, die vollständig in der Hand der europäischen Institutionen sind: die Währungspolitik und die Handelspolitik. In der Währungspolitik hat die europäische Zentralbank das Steuer übernommen, in der Handelspolitik wird die Zuständigkeit in der EU-Kom-

mission sozusagen ausgefüllt mit einem Mandat der Mitgliedstaaten. Die Staats- und Regierungschefs haben der EU-Kommission das Verhandlungsmandat gegeben, mit Amerika ein umfassendes Handelsabkommen abzuschließen. Deswegen verhandelt die Kommission, vertreten durch Cecilia Malmström. Wäre dieses Verhandlungsmandat der Kommission früh genug veröffentlicht worden, hätte sich manche Spekulation über mögliche Geheimverhandlungen zwischen Europa und Amerika gar nicht ergeben. Tatsache ist, dass auf Basis eines veröffentlichten Mandats und in dessen Grenzen Verhandlungen mit den USA geführt werden. In einer bisher nie dagewesenen Weise – ich gebe zu, erst auf öffentlichen Druck – wurden jetzt fast alle Verhandlungsdokumente unmittelbar nach Abschluss der bisherigen elf Verhandlungsrunden veröffentlicht.

Politische Studien: Fast alle?

Friedrich Merz: Ja, denn die EU-Kommission kann nicht jede Verhandlungsposition der Europäer veröffentlichen, dann wäre es nämlich keine Verhandlungsposition mehr. Das ist die ständige Übung bei staats- und völkerrechtlichen Verträgen, und es handelt sich hier um einen solchen Vertrag, dass sie zunächst einmal zwischen den Regierungen, also der Exekutive – in diesem Fall ist das die EU-Kommission – verhandelt werden und zwar weitgehend unter Ausschluss

der Öffentlichkeit. Das haben wir bei 130 Handelsabkommen, die Deutschland und Europa in den letzten 40 Jahren abgeschlossen haben, klaglos akzeptiert. Ich habe mich als Abgeordneter im Europäischen Parlament wie im Deutschen Bundestag selten für den Inhalt dieser Abkommen interessiert, wenn sie denn zur Abstimmung im Parlament vorlagen. Ich habe noch nie in meinem Leben einen Zollkodex gelesen. Ich weigere mich auch, das zu tun. Hier muss ein Parlament auch den Verhandlungen der Regierung Vertrauen entgegenbringen.

Politische Studien: Da sind Sie jetzt an einer neuralgischen Stelle: Dieses Vertrauen scheint aber gegenüber der Europäischen Union tendenziell abhanden gekommen zu sein.

Friedrich Merz: Ja, das mag stimmen, trotzdem ist es richtig, dass die Arbeitsteilung beibehalten wird. Nicht Parlamente verhandeln, sondern Regierungen. Und im Falle der Europäischen Union hat die Kommission die vertragliche Verpflichtung, solche Verhandlungen zu führen. Spätestens seit der Einführung des europäischen Binnenmarktes in den frühen 90er-Jahren wissen wir, was das bedeutet. Ich erinnere mich, dass manche Kritik an diesem Projekt zum Teil wortgleich dieselbe

”

Die Vorbehalte gegen TTIP wären wahrscheinlich viel kleiner, wenn die EU-Kommission das **VERHANDLUNGSMANDAT** von Beginn an veröffentlicht hätte.

Kritik war, die wir heute zu TTIP hören. Auch damals ging es um Arbeitsmarktstandards, Umwelt, Verbraucherschutz – bis hin zum größten Heiligtum deutscher Kultur schlechthin, nämlich dem Reinheitsgebot im deutschen Bier. Diesem hat die Konkurrenz letztendlich nicht nur nicht geschadet, sondern im höchsten Maße genutzt.

Politische Studien: Bei TTIP geht es um mehr als das Reinheitsgebot. Es geht u. a. um die Frage: Kann ein Handelsabkommen die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der USA und Europas sichern?

Friedrich Merz: Diese Frage richtet sich mehr an die Europäer als an die Amerikaner. Amerika verhandelt zurzeit nicht nur TPP, das Transpazifische Abkommen, kontrovers. Ende November 2014 fand in Beijing der große ASEAN-Gipfel statt und der chinesische Staats- und Parteichef hat den Vorschlag gemacht, ein großes transpazifisches Freihandelsabkommen zu schaffen mit einem einheitlichen pazifischen Wirtschaftsraum unter Einschluss – anders als bei TPP – der Volksrepublik China und der großen Wirtschaftsregionen wie z. B. Indonesien. Amerika hat keine Wahl. Sie werden an diesem Abkommen teilhaben müssen. Denn ihre Abhängigkeit von China, nicht zuletzt in der Aus-

landsverschuldung, ist so groß wie umgekehrt die Abhängigkeit Chinas von Amerika. Diese beiden großen Länder brauchen ein solches Abkommen für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Politische Studien: TTIP als Spielwiese der Konzerne – das ist einer der Hauptkritikpunkte gegen das Abkommen. Die europäische, vor allem die deutsche Wirtschaftsstruktur baut aber auf kleine und mittelständische Unternehmen, die eventuell dann die TTIP-Verlierer geben.

Friedrich Merz: Die großen Industrieunternehmen brauchen TTIP eigentlich nicht. Wenn es um Zölle geht, dann sind es Zölle, die alle treffen. Wenn es unterschiedliche Zulassungsverfahren betrifft, dann gibt es Ausweichmöglichkeiten. Man produziert dort, wo man seine Produkte verkaufen will. Große Industrieunternehmen tun das seit Jahrzehnten, die Hidden Champions tun das zunehmend. Sie alle sind nicht erfolgreich wegen der Öffnung des Marktes für Personenverkehr, Kapitalverkehr, Dienstleistungsverkehr und Warenverkehr. Der Erfolg unserer Exportwirtschaft auf dem europäischen Markt hat eine viel wesentlichere Ursache: die gegenseitige Anerkennung von technischen Normen und Zulassungsverfahren in Europa. Und das, was uns vor fast dreißig Jahren in Europa so eindrucksvoll gelungen ist mit der Öffnung des europäischen Bin-



Die Exportwirtschaft **INNERHALB** Europas profitiert von der gegenseitigen Anerkennung von technischen Normen und Zulassungsverfahren.



Möglich wäre im **VERBRAUCHERSCHUTZ**, dass man nicht das Prinzip des Herkunftslandes, sondern das des Bestimmungslandes weiter gelten lässt.

nenmarktes, das soll jetzt insbesondere bei den Standards und technischen Zulassungsverfahren im transatlantischen Handel gelingen.

Politische Studien: Sie sprechen über einen Markt innerhalb Europas. Die Angst der Europäer, der Deutschen, der TTIP-Gegner ist doch, dass gerade diese Standards zu Gunsten der amerikanischen Standards reduziert werden. Dass wir uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen müssen, der eben unsere Qualitätsvorstellungen unterschreitet.

Friedrich Merz: Ich möchte der weit verbreiteten Meinung widersprechen, dass die Amerikaner keine Standards haben. Sie haben zum Teil andere, das ist richtig. Aber ich möchte mir erlauben, daran zu erinnern, dass es bis zuletzt nicht die Europäer waren, die die großen Skandale der letzten Jahrzehnte aufgedeckt und rigoros verfolgt haben. VW ist nicht in Deutschland aufgedeckt worden, sondern in Amerika. Erinnern Sie sich an den Lipobay-Skandal der Bayer AG in Leverkusen, damals ein Medikament (Cholesterinsenker), das in Amerika in den Verdacht geriet, höchst unerwünschte Nebenwirkungen zu haben und von dort angeprangert wurde. Und wenn Sie ein noch triviales Beispiel haben wollen: Die Europäer sind bis heute nicht in der Lage gewesen, den „Saustall“ FIFA auszumisten. Das machen amerikanische Staatsanwälte. Also bitte gehen wir nicht mit erhobenem Zeigefinger in diese Gespräche. Es ist nicht a priori so, dass wir die besseren Verbraucherschutzvorschriften haben und Amerika in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland ist.

Politische Studien: All das gilt nicht wirklich für den Lebensmittelbereich. Die Europäer haben ganz andere Prinzipien und es scheint, dass sich hier die unterschiedlichen Ansichten nicht ineinander überführen lassen.

Friedrich Merz: Richtig ist, dass wir insbesondere in diesem sehr sensiblen Bereich unterschiedliche Prinzipien im Verbraucherschutz haben. Die Amerikaner prüfen auch sehr streng, aber sie lassen dann die Produkte zu nach dem sog. „Haftungsprinzip“. Dort wird es nach eingehender Prüfung in den Verkehr gebracht, aber diejenigen, die die Produkte in den Verkehr bringen, haften anschließend unbegrenzt, auch persönlich, bis zur vollständigen Vernichtung der Existenz des Unternehmens und der handelnden Akteure im Falle eines entsprechenden Fehlverhaltens. In Europa kennen wir seit einigen Jahren das sog. „Vorsorgeprinzip“. Bei uns wird so lange geprüft, bis die Behörden sicher sind, dass keine Gefährdung für die Verbraucher verbunden ist. Wenn ein schädliches Produkt in den Verkehr gebracht wird, haften die Unternehmen, aber auch die Behörden für eine zweifelsfreie Zulassung. Das lässt sich nur schlecht harmonisieren. Möglich wäre, dass man deshalb auch das Prinzip nicht des Herkunftslandes, sondern des Bestimmungslandes weiter gelten lässt. Also dass für amerikanische Produkte in Europa europäische Regeln einzuhalten sind und umgekehrt für europäische Produkte in Amerika amerikanische Vorschriften zu beachten sind.



Sollen die zentrifugalen Kräfte in Europa zunehmen und die EU-Kommission immer weniger **LEGITIMATION und **Autorität** haben?**

Politische Studien: Die Gentechnologie bzw. ihre Produkte würden sich an eine solche Ländergrenze nicht halten können. Da steht schon die Natur dagegen.

Friedrich Merz: Ich kenne die weit verbreitete Sorge in Deutschland um die Biotechnologie, Gentechnik und die veränderten gentechnischen Mikroorganismen in Lebensmitteln. Ich nehme das ernst, aber ich teile es nicht. Ich will an dieser Stelle nur auf einen Sachverhalt hinweisen. In diesem Land mit strengster Haftung gibt es bis zum heutigen Tag, 30 oder 40 Jahre nach Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel, nicht nur keine Verurteilung – es gibt noch nicht einmal einen Prozess oder eine Schadensersatzklage. Aus meiner Sicht handelt es sich um einen biologisch-chemischen Vorgang, der sich in der Natur tausendfach wiederholt und den der Mensch seinerseits jetzt auch anwenden kann.

Politische Studien: Und was bedeutet das nun für TTIP, für Europa, für die deutsche Mentalität?

Friedrich Merz: Lassen Sie es mich auf den einfachen Nenner bringen. Wir Europäer müssen uns endlich einig werden, was wir eigentlich wollen. Ob wir an dieser Stelle wie an vielen anderen zusammenarbeiten oder ob die zentrifu-

galen Kräfte in Europa zunehmen und die EU-Kommission wie die übrigen europäischen Institutionen immer weniger Legitimation und Autorität haben, für ganz Europa solche Verhandlungen zu führen, weil sie partikularen Interessen und Ängsten folgen. Ich sage das vor dem Hintergrund und zitiere jemanden, der das viel besser beurteilen kann als ich in einer sich rasant weiterentwickelnden Welt. Ein hochrangiger Mitarbeiter von Microsoft, der Chefsingenieur dieses Unternehmens, hat vor einigen Wochen Folgendes über diese Entwicklung gesagt: „Das 20. Jahrhundert war lokal, analog und linear. Das 21. Jahrhundert ist global, digital und exponentiell.“ Ist uns eigentlich klar, was das bedeutet? Ist uns insbesondere klar, welche unglaubliche Dynamik im Übergang von einer linearen hin zu einer exponentiellen Entwicklung stattfindet?

Politische Studien: Erklären Sie es uns bitte.

Friedrich Merz: Ein Zahlenbeispiel: Wenn Sie 20 Schritte linear gehen, dann haben sie 20 Meter zurückgelegt. Wenn Sie 20 Schritte exponentiell gehen, dann haben sie nach 20 Schritten schon mehr als 1.000 Kilometer zurückgelegt. Das kennzeichnet die Entwicklung auf dieser Welt. Und noch etwas: Im Jahr 2050 werden 90 % der Weltbevölkerung keine Europäer und keine Amerikaner sein. Die großen Bevölkerungsentwicklungen und Entwicklungen finden in Asien, Af-

rika, im Mittleren Osten statt. Und jetzt komme ich darauf zurück, was ich zu Beginn gesagt habe. Ja wir sind in aller Unterschiedlichkeit aber nach wie vor offene und freiheitliche Gesellschaften, Rechtsstaaten und Demokratien.

Und das, was wir mit TTIP und dem NATO-Vertrag und vielen anderen Dingen versuchen zu tun, zwischen Europa und Amerika, ist die Verfestigung unserer Zusammenarbeit, weil wir ein gemeinsames Wertefundament haben. Von dem wir überzeugt sind, dass es Ausstrahlungskraft genug hat, um auch die Mehrheit der Menschen auf diesem Globus zu erreichen, die nicht das große Glück haben, in offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften zu leben. Nicht eines, in dem wir so vorgehen wie die Amerikaner im Irak. Dieses Konzept hat sich als falsch erwiesen. Aber in dem wir selbst die Attraktivität unserer Lebensform nicht nur der materiellen, sondern auch der immateriellen Dinge unseres Lebens für so überzeugend halten, dass wir mit denen, die diese Überzeugung teilen, strategisch noch partnerfähig bleiben.

Und das ist aus meiner Sicht die große Herausforderung für Europa. Sind wir strategisch als Europäer mit unserem Wertefundament, sind wir mit unserem Gesellschaftsmodell noch partnerfähig? Oder überlassen wir es den Amerikanern, andere strategische Allianzen schon rein aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen zu suchen, die sie nicht nur nach Osten in unsere Richtung, sondern vor allem und auch nach Westen, in den pazifischen Raum, für notwendig und als zwingend ansehen.

Politische Studien: Der Wahlkampf in den USA wird in Deutschland mit Erstaunen verfolgt. Niemand hätte Donald

Trump an der Schwelle zum Kandidaten gesehen. Alles deutet aber nun darauf hin. Ist es denkbar, dass die Vereinigten Staaten Donald Trump zu ihrem Präsidenten machen? Und wenn ja: Was bedeutet das für Deutschland, für Europa?

Friedrich Merz: Ich weigere mich immer noch, diesen Gedanken ernst zu nehmen. Trump wird vielleicht Kandidat der Republikaner, und wenn er Präsident würde, stellen sich für Europa noch einmal ganz andere Herausforderungen.

Politische Studien: Herr Merz, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// FRIEDRICH MERZ

ist Rechtsanwalt, Manager und ehemaliger CDU-Politiker, seit 2009 Vorsitzender des Netzwerks Atlantik-Brücke und seit März 2016 Chef des Aufsichtsrats für den deutschen Ableger des weltweit größten Vermögensverwalters, Black-Rock, München.